

## Entschließungsantrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

zum Gesetzentwurf der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe „Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Bürgern und Gemeinden bei der Windkraftplanung“  
(Drucksache 6/2550)

### **Bundesratsinitiative zur Verlängerung des § 249 Abs. 3 des Baugesetzbuches**

Der Deutsche Bundestag hat am 27.6.2014 das „Gesetz zur Einführung einer Länderoffenungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen“ Drucksache 18/1310 beschlossen und den Ländern hiermit die Regelungskompetenz für Abstandsregelungen für Windkraftanlagen eingeräumt. Der Landtag Brandenburg hat die Problematik von Windkraftanlagen, die Auswirkungen auf Menschen und Wohnsiedlungen und die Möglichkeit der Ausnutzung der Bundesregelung mehrfach diskutiert. Wie allseits bekannt, läuft die entsprechende Regelung am 31. Dezember 2015 aus. Das Land Brandenburg hat bisher von der Gesetzesregelung noch keinen Gebrauch gemacht.

Aus diesem Grunde sollte der Landtag Brandenburg die Landesregierung Brandenburg auffordern, mit einer Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass das Baugesetzbuch bzw. der einschlägige Paragraph 249 Absatz 3 bis zum 31.12.2016 verlängert wird. Im Hinblick auf die Diskussion über erneuerbare Energien und Windkraft ist vieles im Fluss, und man sollte sich die Möglichkeiten einer solchen Regelung nicht durch Fristablauf entgehen lassen.

### **Aus diesem Grunde möge der Landtag Brandenburg beschließen:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die 10H-Regelung im § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) bundesgesetzlich zu verändern, dass das in § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) die Frist auf den 31. Dezember 2016 verlängert wird.

### **Begründung:**

### **Wortlaut des derzeitigen Gesetzestextes § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB):**

*„(3) Die Länder können durch bis zum 31. Dezember 2015 zu verkündende Landesgesetze bestimmen, dass § 35 Absatz 1 Nummer 5 auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn sie einen bestimmten Abstand zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen einhalten. Die Einzelheiten, insbesondere zur Abstandsfestlegung und zu den Auswirkungen der festgelegten Abstände auf Ausweisungen*

*in geltenden Flächennutzungsplänen und Raumordnungsplänen, sind in den Landesgesetzen nach Satz 1 zu regeln. Die Länder können in den Landesgesetzen nach Satz 1 auch Abweichungen von den festgelegten Abständen zulassen.“*

**Wortlaut des neuen Gesetzestextes:**

*„(3) Die Länder können durch bis zum **31. Dezember 2016** zu verkündende Landesgesetze bestimmen, dass § 35 Absatz 1 Nummer 5 auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn sie einen bestimmten Abstand zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen einhalten. Die Einzelheiten, insbesondere zur Abstandsfestlegung und zu den Auswirkungen der festgelegten Abstände auf Ausweisungen in geltenden Flächennutzungsplänen und Raumordnungsplänen, sind in den Landesgesetzen nach Satz 1 zu regeln. Die Länder können in den Landesgesetzen nach Satz 1 auch Abweichungen von den festgelegten Abständen zulassen.“*

Wenn man eine derartige Bundesratsinitiative plant, hält man sich, politisch gesehen, nur die Option der Inanspruchnahme dieser Regelung offen. Wer es ernst damit meint, mit den Bürgern im Dialog zu sein, Windkraft und erneuerbare Energien eine Chance zu geben, und auch den betroffenen Bürgern eine Chance zu geben, eine gemeinsame und auskömmliche Regelung zu finden, der darf sich eigentlich einer entsprechenden Gesetzesinitiative und einer entsprechenden Regelung nicht verschließen.

Verschließen wird und kann man sich einer derartigen Bundesratsinitiative zur Verlängerung der entsprechenden Ausnahmeregelung nur dann, wenn man ernsthafterweise überhaupt gar nicht will, dass diese Regelung in Anwendung kommt, dann soll man es aber auch sagen. Nicht wie einige Politiker, die über das Land laufen und äußern, dass man die 10H-Regelung im Land Brandenburg will, wenn man augenzwinkernd und stillschweigend weiß, dass die Regelung zum 31. Dezember 2015 ausläuft. Das ist schlicht und einfach Wähler- und Bürgerbetrug.

Iris Schülzke  
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe